

Aus Bund und Ländern

## Bewerbungen für Sommersemester bis zum 15. Januar

DORTMUND. Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) erinnert an den Schlußtermin für Bewerbungen um Studienplätze für das Sommersemester 1986. Für die Numerus-clausus-Fächer müssen die Anträge bis Mittwoch, 15. Januar 1986, bei der ZVS in Dortmund eingereicht sein. Dies gilt auch für die Fächer Medizin und Zahnmedizin, in denen für das Sommersemester die Studienplätze zum letzten Mal nach dem „Übergangsverfahren“ vergeben werden. Die ZVS erwartet für diese 4700 Studienplätze etwa 30 000 Bewerbungen. EB

## Beratungsgebühr nur ausnahmsweise berechenbar

KÖLN. Nach der amtlichen Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ '82) dürfen Belegärzte und liquidationsberechtigte Krankenhausärzte keine „Besuchsgebühr“ ansetzen und berechnen, wenn sie einen Patienten im Krankenhaus (also an ihrer „Arbeitsstätte“) aufsuchen. Die Visite ist nämlich das „routinemäßige Aufsuchen der Patienten einer Abteilung an bestimmten Tageszeiten ohne bestimmte Anforderung“.

Der Ausschuß „Gebührenordnung“ und die „Ständige Konferenz für Gebührenordnungsfragen“ der Bundesärztekammer haben dazu festgestellt, daß das gezielte Aufsuchen eines Patienten bei vitaler Indikation außerhalb der üblichen Visite den Ansatz der Beratungsgebühr nach den Nrn. 2 bis 4 rechtfertigen kann. Die Notwendig-

keit müsse durch die Dringlichkeit der Behandlung im Einzelfall belegt werden.

Im übrigen, so wird weiter betont, müsse sich das Aufsuchen der Klinik durch den Beleg- und Krankenhausarzt von der sonst von ihnen zu erwartenden Präsenz am Krankenhaus wesentlich unterscheiden. HC

## Psychiatriemodelle: Hessen finanziert nun in Eigenregie

WIESBADEN. Um die Anschlußfinanzierung für die gemeindenahen Einrichtungen im Rahmen des „Modellprogramms Psychiatrie der Bundesregierung“ zu gewährleisten, wird Hessen im Etat 1986 insgesamt 1,87 Millionen DM bereitstellen. Darüber haben sich SPD und die Grünen im Landtag verständigt, wie der hessische Sozialminister Armin Clauss (SPD) mitteilte. Der Minister warf dem Bund vor, die Finanzierung per Ende 1985 eingestellt zu haben, obwohl sich „die

meisten Dienste“ inzwischen bewährt hätten. Auch seien noch keine praktikablen Bundesinitiativen zu erkennen, wie künftig die psychiatrischen Dienste *außerhalb* der Kliniken sozialversicherungsrechtlich eingeordnet und leistungsrechtlich abgefangen werden können.

An die Kommunen appellierte Clauss, im Rahmen ihrer „Pflichten zur Sicherung der Daseinsfürsorge“ sich im Bereich der gemeindenahen Psychiatrie finanziell zu engagieren. Nur so könne der Landespsychiatrieplan konsequent umgesetzt werden.

Schwerpunktmäßig werden in Hessen die Modellregionen Kassel und Darmstadt sowie die ambulanten kinder- und jugendpsychiatrischen Dienste im Kreis Marburg-Biedenkopf gefördert. EB

## Fast Preisstillstand bei Arzneimitteln

BONN. Die Preise für Arzneimittel, die zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung abgerechnet werden, stiegen im November 1985 gegenüber Oktober nur noch um 0,1 Prozent. Dies geht aus dem „GKV-ArzneimittelindeX“ hervor, den das Wissenschaftliche Institut der Ortskrankenkassen (WIdO) im Auftrag der Kassenspitzenverbände, der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, des Zentralinstituts und der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände monatlich aufgrund einer repräsentativen Stichprobe ermittelt.

Der „Preissockel“ für das Jahr 1985 betrug Ende November 2,7 Prozent. Dies bedeutet: Bei weiterem Preisstillstand bis Ende 1985 würde das Preisniveau in 1985 gegenüber dem Jahr 1984 um 2,7 Prozent höher liegen. EB

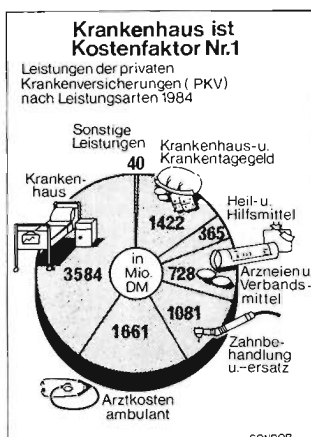
## Tierschutznovelle statt Änderung der Einzelgesetze

BONN. Nach der öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in den Bundestagsausschüssen besteht kein Zweifel an der Notwendigkeit, das geltende Tierschutzgesetz zu novellieren. Keine Unterstützung fand die von einzelnen Tierschützern angeordnete Möglichkeit, statt einer umfassenden Gesetzesänderung die Einzelgesetze zu ändern, die Tierversuche obligatorisch vorschreiben.

Nach Ansicht der SPD muß der Gesetzgeber dabei die legitimen Interessen zum Beispiel von Tierschutz und Medizin abwägen. Fest stehe auch, so die SPD weiter, daß man in absehbarer Zeit auf Tierversuche nicht verzichten könne. Vielmehr müsse die Zahl dieser Versuche reduziert werden. Zudem sollten „sinnlose Versuche“, zum großen Teil in der Kosmetikindustrie, unterbleiben. Das neue Tierschutzgesetz dürfte im Laufe des Jahres 1986 verabschiedet werden. jv

## Ausführungsgesetz wird vorbereitet

KIEL. Im Zuge der Anschließgesetzgebung an das Krankenhaus-Neuordnungsgesetz (KHNG) hat Schleswig-Holstein den Entwurf eines 28 Paragraphen umfassenden „Gesetzes zur Ausführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (AG-KHG)“ fertiggestellt. Nach den ersten Entwürfen der Bundesländer Niedersachsen (vom 3. September) und Hessen (vom 9. September) kommt dem schleswig-holsteinischen Entwurf als eines Landes unter CDU-Regierung exemplarische Bedeutung



Für die private Krankenversicherung (PKV) ist der stationäre Sektor nach wie vor der größte Kostenfaktor. Auf ihn entfallen 3,58 Milliarden DM, mehr als ein Drittel des gesamten Leistungsvolumens der privaten Krankenversicherungsgesellschaften (fast zehn Milliarden DM in 1984)

für die Anschlußgesetzgebung zu.

Der Entwurf enthält allerdings keine Vorschriften, die in die „innere Struktur“ der Krankenhäuser eingreifen. Ausdrücklich wird festgestellt, daß der Krankenhausplan lediglich ein „verwaltungsinterner Akt ohne mittelbare Auswirkungen“ sei. Dieser werde vielmehr den Krankenhausträgern gegenüber erst mit Zugang des jeweiligen Feststellungsbescheides wirksam.

Während die Angaben im Krankenhausplan auf herkömmliche und bewährte Planungsinhalte (Fachrichtungen, Bettenzahl, Versorgungsstufe u. a.) abstellen, werden erstmals auch Angaben über die Vorhaltung von medizinisch-technischen Geräten im Gesetz aufgenommen.

Die Entscheidung, welcher Träger medizinisches Großgerät vorzuhalten hat, ist zugleich eine Entscheidung über den jeweiligen Versorgungsauftrag, dem das Haus unterliegt. Die unmittelbar Beteiligten haben qualifizierte Mitwirkungsrechte bei der Aufstellung des Investitionsprogrammes; dieses ist an die mehrjährige mittelfristige Finanzplanung gekoppelt, die herkömmlichen Jahresbauprogramme entfallen.

Das Gesetz nennt elf Spitzenorganisationen, die an der Krankenhausplanung beteiligt werden. Lediglich zu den „mittelbar Beteiligten“ zählen sechs weitere Organisationen, darunter die Wohlfahrtsverbände, der Verband der privaten Krankenversicherung, die Ärztekammer und die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein. Deren Sachverstand soll aber bei den Investitionsprogramm-Beratungen „im Einzelfall“ hinzugezogen werden. HC

Ausland

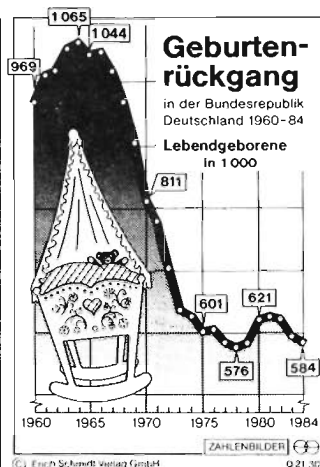
**Zwangspanychiatrie auch gegen Kirche**

PARIS. In einer Pressekonferenz der Internationalen Vereinigung gegen den Mißbrauch der Psychiatrie hat die kürzlich aus der Sowjetunion ausgewiesene Bürgerrechtlerin Irina Griwnina berichtet, daß die politisch motivierte Zwangsbehandlung in psychiatrischen Anstalten sich mehr in die Provinz verlagert habe. In Moskau, wo es zu viele westliche Diplomaten und Journalisten gebe, die die Augen offenhalten und Beziehungen zu Dissidenten pflegen, sei man vorsichtiger geworden. Frau Griwnina zitierte einen Parteibeschuß aus der Ukraine: In einem Gebietskrankenhaus sei eine zweite psychiatrische Abteilung mit 250 Betten zur Zwangsbehandlung einzurichten, die mit sorgfältig geprüften Genossen als Ärzte und Sanitäter besetzt werden müsse. Anzustreben sei, so heißt es in dem Dokument weiter, daß zwei Drittel der bekannten Aktivisten der ukrainischen katholischen Kirche dort zu behandeln seien. bt

**Pharma-Anzeigen in der Laienpresse**

WASHINGTON. Die Food and Drug Administration hat das vor zwei Jahren erlassene Verbot der Werbung für verschreibungspflichtige Arzneimittel in der allgemeinen Presse wieder aufgehoben. Bis vor zwei Jahren gab es solche Werbung auch ohne ein ausdrückliches Verbot nicht. Die FDA erließ es jedoch befristet, als drei Pharmazeutische Firmen sie ankündigten.

Die Freigabe ist allerdings an Bedingungen geknüpft: Auch in der Laienpresse muß alles „Kleingedruck-



„Geburtenhoch“ und „Pillenknick“ prägen die natürliche Bevölkerungsbewegung in der Bundesrepublik seit Anfang der sechziger Jahre. In der kurzen Zeitspanne zwischen 1965 und 1975 ging die Zahl der Neugeborenen von jährlich mehr als einer Million auf rund 600 000 zurück. Die Geburtenziffer schrumpfte von 18,3 im Jahr 1963 auf 9,4 im Jahr 1978. Nach vorübergehendem Anstieg lag sie auch 1984 nur bei 9,5 je tausend Einwohner. Im Jahre 1984 wurden rund 584 000 Kinder geboren, während 696 000 Menschen starben

te“ – Vorsichtshinweise, Kontraindikationen, Nebenwirkungen und Dosierungsanweisungen – enthalten sein wie in der Fachpresse. Unter diesen Umständen dürfte die Lust, in der allgemeinen Presse zu werben, gering bleiben; in Rundfunk und Fernsehen dürfte es ohnehin kaum möglich sein. bt

**Stinktief als Waffe**

HONOLULU. Ein Arzt als Erfinder: Nachdem vor drei Jahren seine Frau auf der Straße überfallen worden war, hat Dr. Jack Scaff, Kardiologe in Honolulu, ein Parfüm mit dem Namen „Skunkguard“ entwickelt. Man kann es kapselweise für 14,95 Dollar kaufen. Die Kapseln enthalten „Eau de Skunk“. Eine Frau, die angegriffen

wird, kann sich damit blitzschnell „parfümieren“, und jeder Angreifer, meint der Erfinder-Arzt, würde daraufhin sofort die Flucht ergreifen – möglicherweise selber „parfümiert“, was der Polizei hilfreich sein könnte.

Eine Reinigungsflüssigkeit wird mitgeliefert, sie wirkt jedoch nur auf der Haut; die Kleider muß man vernichten. Der Grundstoff muß aus Wisconsin eingeführt werden – in Hawaii gibt es keine Stinktiere. bt

**AIDS-Kontrolle in der Armee**

WASHINGTON. Das amerikanische Verteidigungsministerium plant, so bald wie möglich damit zu beginnen, alle Soldaten der US-Army auf AIDS-Antikörper zu testen. Schon jetzt müssen sich alle Rekrutenbewerber dem Test unterziehen; bleibt er auch nach zweimaliger Wiederholung positiv, dann wird der Bewerber abgelehnt. Beginnen will man mit den Sanitätsoffizieren und -soldaten. Dann sollen Soldaten an die Reihe kommen, die für den Einsatz außerhalb der USA vorgesehen sind.

Auch hier sind im Falle eines positiven ELISA-Ergebnisses eine Wiederholung mit ELISA und gegebenenfalls dann noch ein Western-Blot-Test geplant. Wer dann noch immer ein positives Ergebnis zeigt, soll vertraulich informiert und dann ehrenhaft entlassen werden.

Innerhalb und außerhalb des Verteidigungsministeriums sind schwere Bedenken gegen diese Planung erhoben worden, insbesondere von Homosexuellen-Verbänden. Verteidigungsminister Weinberger soll aber die Planung unterstützen, jedoch noch keine definitive Entscheidung getroffen haben. bt